

# Vom Bundesgerichtshof bislang ungeklärte Rechtsfragen zur Lebensversicherung

**Jahrestagung des DVfVw | Forum 1 –**  
Lebensversicherung im Spannungs-  
verhältnis von Kollektiv- und  
Individualinteressen  
Stuttgart | 19. / 20.03.2014 |  
Dr. Joachim Grote



- **Rechtsfolgen der Europarechtswidrigkeit von § 5a VVG a.F.**
- Europarechtskonformität von §§ 9 und 152 VVG
- Belehrungspflichten bei zusammenhängenden Verträgen i.S.d. § 9 Abs. 2 VVG

## BGH, Beschl. v. 28.03.2012 – IV ZR 76/11 (VersR 2012, 608):

- **Vorlagefrage** an den EuGH zu § 5a Abs. 2 S. 4 VVG a.F.
  - Ist Art. 15 Abs. 1 S. 1 der Zweiten Richtlinie 90/619/EWG (...) unter Berücksichtigung des Art. 31 Abs. 1 der Richtlinie 92/96/EWG (...) dahin auszulegen, dass er einer Regelung – wie § 5a Abs. 2 S. 4 VVG a.F. – entgegensteht, nach der ein Rücktritts- oder Widerspruchsrecht spätestens ein Jahr nach Zahlung der ersten Versicherungsprämie erlischt, selbst wenn der VN nicht über das Recht zum Rücktritt oder Widerspruch belehrt worden ist?
- **Hintergrund:** Vorlagepflicht letztinstanzlicher nationaler Gerichte nach Art. 267 Abs. 3 AEUV

## Urteil des EuGH vom 19.12.2013 – C-209/12 (NJW 2014, 452)

- Gesetzl. Frist des § 5a Abs. 2 S. 4 VVG a.F. ist **europarechtswidrig**
  - Verstoß gg. Art. 15 Abs. 1 Zweite RiLi Leben i.V.m. Art. 31 Dritte RiLi-Leben
  - aber: offen gelassen, ob Policenmodell insgesamt europarechtswidrig
  - über Rechtsfolgen hat BGH zu entscheiden
  - Urteil steht noch aus; Verkündung voraussichtlich in 2014

## Frage 1: Ist von einem „ewigen“ Widerspruchsrecht auszugehen?

- Verbot einer Auslegung „*contra legem*“
- keine horizontale Drittwirkung der europäischen Richtlinien
- Verbraucherrechterichtlinie kennt kein ewiges Widerspruchsrecht

## Frage 2: Sind die Rechtsfolgen auf die Zukunft begrenzt?

- richtlinienkonforme Auslegung von § 5a VVG a.F.
  - Art. 15 Abs. 1 Zweite RiLi Leben: (...) *Die Mitteilung des Versicherungsnehmers, dass er vom Vertrag zurücktritt, befreit ihn **für die Zukunft** von allen aus diesem Vertrag resultierenden Verpflichtungen . (...)*
- Vermeidung von Widersprüchen mit Regelungen des VVG 2008
  - §§ 8, 9, 152 VVG: Rückerstattung der Prämien, die auf die Zeit nach Erklärung des Widerrufs entfallen

## Frage 3: Welche Verträge sind betroffen?

- nur solche, ohne jede Belehrung zum Widerspruchsrecht?
- nur solche, die beidseitig noch nicht erfüllt sind (vgl. auch *Armbrüster*, NJW 2014, 497)?
  - BGH, Urt. v. 16.10.2013 – IV ZR 52/12: kein zeitlich unbefristeter Widerruf des Versicherungsvertrags nach vollständiger Erbringung der beiderseitigen Leistungen

## Frage 4: Hilft eine Nachbelehrung?

- Auf welcher Grundlage hat die Nachbelehrung zu erfolgen – neues oder altes VVG?
- Schafft das neue Probleme?

## Frage 5: Wie berechnet sich ein etwaiger Anspruch?

- Berücksichtigung von Risikokosten
- Entreicherung
- Verzinsung

## Frage 6: Ab wann verjähren etwaige Ansprüche?

- dreijährige Verjährungsfrist für jede Prämienzahlung mit Ablauf des Jahres, in dem sie erfolgt ist (*Armbrüster*, VersR 2012, 513)

## Frage 7: Wann ist ein Widerspruchsrecht verwirkt?

- Zeitliche Moment nicht allein entscheidend
- mögliche Umstandsmomente:
  - Entgegennahme von Versicherungsleistungen
  - Vertragsänderungen
  - Bestätigung des Versicherungsschutzes



## Weitere Fragen

- Wie verhalten sich andere Versicherungsnehmer und Marktteilnehmer mit Blick auf das EuGH-Urteil und das anstehende BGH-Urteil?
  - Verbraucherschutzverbände haben anfangs noch zum Abwarten geraten, greifen das Thema aber bereits jetzt aktiv auf.
- Sind von dem EuGH-Urteil auch andere Sparten außerhalb der Lebensversicherung betroffen?
- Können etwaige Schäden gegen die Bundesrepublik Deutschland regressiert werden?
  - Nichtumsetzung der Vorgaben in nationales Recht begründet Staatshaftungsanspruch, vgl. Art. 288 Abs. 3 AEUV – Problem: Verschulden
- Greift der BGH oder das BVerfG die Bedenken der Generalanwältin aus ihren Schlussanträgen hinsichtlich der Europarechtskonformität des Policenmodells insgesamt auf?

- Rechtsfolgen der Europarechtswidrigkeit von § 5a VVG a.F.
- **Europarechtskonformität von §§ 9 und 152 VVG**
- Belehrungspflichten bei zusammenhängenden Verträgen i.S.d. § 9 Abs. 2 VVG

# Europarechtskonformität von §§ 9 und 152 VVG

## Überblick

- § 9 VVG regelt die Rechtsfolgen des Widerrufs; § 152 VVG regelt Besonderheiten in der Lebensversicherung
- §§ 9, 152 Abs. 2 und 3 VVG leges specialis zu §§ 355 Abs. 1 S.1, 346 ff. BGB
- durch § 9 Abs. 1 VVG werden Art. 3 und insb. Art. 7 Fernabsatzrichtlinie II (RL 2002/65 EG v. 23.09.2002) umgesetzt

# Europarechtskonformität von §§ 9 und 152 VVG

## § 9 Abs. 1 S. 2 HS 1 VVG

- **Inhalt:** Wenn kein Hinweis, Pflicht des VR zur Rückerstattung bereits gezahlter Prämien beschränkt auf
  - den auf die Zeit nach Zugang des Widerrufs entfallenden Betrag
  - zzgl. der Prämie für das 1. Jahr des Versicherungsschutzes
  
- **Europarechtswidrigkeit?**
  - Art. 7 Abs. 1, 3 FernabsatzRL II sieht die Rückgewährung sämtlicher geleisteter Zahlungen vor, wenn keine Belehrung erfolgt ist
    - Abweichung von Richtlinie, wenn Widerruf später als nach 1 Jahr erfolgt

# Europarechtskonformität von §§ 9 und 152 VVG

## § 9 Abs. 1 S. 2 HS 2 VVG

- **Inhalt:** S. 2 HS 1 gilt nicht, wenn VN Leistungen aus Versicherungsvertrag in Anspruch genommen hat
  - VR behält die gezahlten Prämien
  - VN behält die bereits für Versicherungsfall erhaltenen Leistungen
  
- **Europarechtswidrigkeit?**
  - Problematisch, wenn Wert der Leistung des VR den Wert der geleisteten Prämien unterschreitet. Denn dann steht VN wirtschaftlich schlechter als bei einer Rückabwicklung.

# Europarechtskonformität von §§ 9 und 152 VVG

## Argumente gegen Europarechtswidrigkeit

- § 9 Abs. 1 VVG geht über Art. 7 FernabsatzRL II hinaus und erfasst alle Versicherungsverträge:
  - nicht nur Verbraucherverträge
  - unabhängig davon, ob Versicherungsvertrag im Fernabsatz geschlossen wurde
- Fernabsatzverträge sind in der Regel kurzläufig (unter 1 Jahr). § 9 Abs. 1 S. 2 HS 1 VVG trägt dem Gedanken der Rechtssicherheit Rechnung, der auch bei der RL-Auslegung zu beachtet ist.
- In den Fällen des § 9 Abs. 1 S. 2 HS 2 VVG gibt es kein Widerrufsrecht mehr, da VN durch Entgegennahme der Versicherungsleistung sein Recht verwirkt hat.

# Europarechtskonformität von §§ 9 und 152 VVG

## Richtlinienkonforme Auslegung von § 9 Abs. 1 S. 2 HS 2 VVG?

- gilt nur, wenn Versicherungsleistung die Prämienleistung übersteigt?
- nur im Bereich der FernabsatzRL notwendig?
  - so *Eberhardt*, in Langheid/Wandt, MüKo zum VVG, 2010 § 9 Rn. 1
  - dafür spricht, dass eine richtlinienwidrige Umsetzung nur innerhalb des **Anwendungsbereichs einer Richtlinie** in Betracht kommt
  - **a.A.** *Rixecker*, in Römer/Langheid, VVG, 4. Aufl. 2014, § 9 Rn. 6: auch in Bezug auf Nicht-Fernabsatz-Verträge, da Gesetzgeber „**Einheitskonzeption**“ verfolgt

# Europarechtskonformität von §§ 9 und 152 VVG

## Im Übrigen: Rechtsfolgen bei unterstellter Europarechtswidrigkeit?

- siehe oben zu § 5a VVG a.F.



- Rechtsfolgen der Europarechtswidrigkeit von § 5a VVG a.F.
- Europarechtskonformität von §§ 9 und 152 VVG
- **Belehrungspflichten bei zusammenhängenden Verträgen i.S.d. § 9 Abs. 2 VVG**

### § 9 Abs. 2 VVG – gültig ab 01.05.2013

*Hat der Versicherungsnehmer sein Widerrufsrecht nach § 8 wirksam ausgeübt, ist er auch an einen mit dem Versicherungsvertrag **zusammenhängenden Vertrag** nicht mehr gebunden. Ein zusammenhängender Vertrag liegt vor, wenn er einen Bezug zu dem widerrufenen Vertrag aufweist und eine Dienstleistung des Versicherers oder eines Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Dritten und dem Versicherer betrifft. Eine Vertragsstrafe darf weder vereinbart noch verlangt werden.*

- **Wann wird ein Versicherungsvertrag mit einem „zusammenhängender Vertrag“ abgeschlossen?**
- enger zeitlicher Zusammenhang erforderlich (amtl. Begr.)
  - (-), wenn mehr als 14 Tage zwischen Abschluss des Versicherungsvertrages und Abschluss des zusammenhängenden Vertrages liegen (Anlehnung an 14-tägige Widerrufsfrist in § 8 Abs. 1 S. 1 VVG)
  - => bei Lebensversicherungsverträgen eventuell sogar 30 Tage
- enger sachlicher Zusammenhang erforderlich
  - nicht notwendig: einheitliche Vertragsurkunde

- **Risiko bei Fehleinschätzung „zusammenhängender Vertrag“**
  - unbefristetes Widerrufsrecht bei unzutreffender Belehrung – analog der unrichtigen Belehrung bei verbundenen Geschäften
  - richtige Belehrung kann falsch werden, wenn „zusammenhängender Vertrag“ zeitlich später geschlossen wird
    - ist dann auch noch über den Versicherungsvertrag noch einmal zu belehren?
    - verlängert sich dadurch die Widerrufsfrist für den Versicherungsvertrag?

Vielen Dank für  
Ihre Aufmerksamkeit

# Zum Referenten

## **Dr. Joachim Grote** **Rechtsanwalt/Partner**

BLD Bach Langheid Dallmayr  
Rechtsanwälte  
Partnerschaftsgesellschaft  
Theodor-Heuss-Ring 13-15  
50668 Köln  
Telefon: 0221/944027-41  
grote@bld.de



Dr. Joachim Grote ist Fachanwalt für Versicherungsrecht. Er ist seit 2001 als Rechtsanwalt bei BLD in Köln tätig und seit 2004 dort Partner. Seine Tätigkeitsbereiche umfassen insbesondere das Versicherungsaufsichtsrecht und das Personenversicherungsvertragsrecht sowie die Produktentwicklung in allen Sparten. Er ist Mitglied im DVfVW und im Verein zur Förderung der Forschungsstelle für Versicherungswesen – Universität Münster e.V.

# Standorte



## Köln

Theodor-Heuss-Ring 13-15 | 50668 Köln  
Tel +49 221 944027-0  
Fax +49 221 944027-7



## München

Karlstraße 10 | 80333 München  
Tel +49 89 545877-0  
Fax +49 89 545877-77



## Frankfurt/Main

Stephanstraße 3 | 60313 Frankfurt/Main  
Tel +49 69 920740-0  
Fax +49 69 920740-40



## Berlin

Grolmanstraße 36 | 10623 Berlin  
Tel +49 30 886269-0  
Fax +49 30 886269-29



## Karlsruhe

Reinhold-Frank-Str. 58 | 76133 Karlsruhe  
Tel +49 721 869776-0  
Fax +49 721 869776-20



## BLD International

Einzelheiten zu BLD International  
finden Sie unter:  
<http://www.bld.de/weltkarte.html>